

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Ausschaffungsinitiative

3

Die Ausschaffungsinitiative verdient vorbehaltlose Unterstützung.



Gegenentwurf

7

Der wirkungslose Gegenentwurf verhindert Ausschaffungen.



Steuerinitiative

10

Die Folgen bei einem JA müsste der Steuerzahler ausbaden.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

NEIN zum Verhinderungs-Gegenentwurf

Das überparteiliche Komitee „NEIN zum Gegenentwurf“ hat an der Pressekonferenz vom 4. Oktober 2010 die Argumente und die Kampagne gegen den Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative vorgestellt. Der Gegenentwurf des Parlaments ist untauglich, denn er verhindert Ausschaffungen und ist konsequent abzulehnen.



Von Links: Luzi Stamm, Toni Brunner und Andrea Geissbühler stellen an der Pressekonferenz in Bern die Kampagne «NEIN zum Gegenentwurf» vor.

Mit dem Gegenentwurf darf kein ausländischer Mörder, Vergewaltiger, Sozialbetrüger oder Kindesmissbraucher aufgrund seiner Straftat zwingend, also ohne Wenn und Aber, aus der Schweiz ausgeschafft werden. Zudem will der Gegenentwurf, dass sich jeder Verbrecher auf internationale Konventionen und Völkerrecht berufen kann,

um seine Ausschaffung zu verhindern. Damit ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Wer in die Schweiz kommt, muss bereit sein, sich anzupassen und sich an unsere Regeln und Gesetze zu halten. Der Gegenentwurf verhindert Ausschaffungen und möchte Kriminelle stattdessen mit staatlichen Massnahmen integrieren.



Abstimmungskampf lanciert

Am 4. Oktober wurde mit der Pressekonferenz des überparteilichen Komitees „NEIN zum Gegenentwurf“ der Abstimmungskampf zur Ausschaffungsinitiative lanciert. **Die SVP hat in der Rekordzeit von 7 Monaten 211'000 Unterschriften für die Ausschaffungsinitiative gesammelt und die Initiative im Februar 2008 eingereicht.** Anfänglich versuchten verschiedene Kreise unsere Initiative für ungültig zu erklären und so das Problem der zunehmenden Ausländerkriminalität unter den Tisch zu kehren. Danach wurde in den parlamentarischen Kommissionen ein indirekter Gegenvorschlag diskutiert, bis das Volk Ja zur Minarett-Initiative sagte. Die Mitteparteien realisierten erst im letzten November, dass das Volk schon lange genug hat von der heuchlerischen Toleranz gegenüber kriminellen Ausländern. Unter Führung der FDP wurde dann ein direkter Gegenentwurf durchgeboxt.

Dieser ist untauglich und verankert sogar noch staatliche Integrationsmassnahmen in der Verfassung. Er muss an der Urne unbedingt abgelehnt werden!

Die anhaltende Diskussion über kriminelle Ausländer klopfte den Bundesrat nun frühzeitig aus dem Busch. Er begann seine Kampagne gegen die Ausschaffungsinitiative der SVP ebenfalls am Tag der Pressekonferenz des überparteilichen Komitees „NEIN zum Gegenentwurf“. Und die Medien geben brav Feuerschutz. Unter dem Titel „Anstand und Respekt“ schrieb beispielsweise der Sonntagsblick-Politichef Jürg Lehmann einen Kommentar zugunsten der bundesrätlichen Position gegen die Ausschaffungsinitiative und für den Gegenentwurf. Der Gegenentwurf gehe „differenzierter“ vor und ermögliche so eine „einheitliche Rechtspraxis“, schrieb Lehmann in seinem Artikel. Das Gegenteil trifft allerdings zu. Der Gegenentwurf hat eben den Fehler, dass Aus- und Weg-

weisungen weiterhin nach dem Ermessen der Behörden erfolgen bzw. in den meisten Fällen nicht erfolgen. Es wird hier erneut klar: **Wenn wir die Situation mit kriminellen Ausländern und Straftätern lösen wollen, muss gehandelt werden - und dies kann nur durch die Ausschaffungsinitiative der SVP erfolgen.**

Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, den Wahlerfolg der SVP Kanton Zug zu erwähnen. Die SVP gewann bei den Wahlen am 3. Oktober mit Stephan Schleiss einen zweiten Regierungsratssitz. Im Kantonsrat konnten ebenfalls zwei zusätzliche Sitze gewonnen werden und auch kommunal gab es erfreuliche Zugewinne. Herzliche Gratulation!

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

JA zur Ausschaffungsinitiative

Die Ausschaffungsinitiative verdient vorbehaltlose Unterstützung, damit straffällige Ausländer konsequent ausgeschafft werden. Dem gegenüber steht der Verhinderungs-Gegenentwurf. Dieser taugt mit seinen fragwürdigen Zusatzartikeln in der Bundesverfassung nichts und ist konsequent abzulehnen. Mit der Ausschaffungsinitiative kann der Mitte/Links-Mehrheit im Parlament die rote Karte für ihr undemokratisches Verhalten gezeigt werden.



von Ständerat Maximilian Reimann,
Gipf-Oberfrick (AG)

Ich war als Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Ständerates von A bis Z mit dabei, als über die Ausschaffungsinitiative sowie den Gegenentwurf gerungen wurde. Ursprünglich herrschte bei den Linken und Netten noch die Meinung vor, **mit einer Ungültigkeitserklärung die Initiative vom Tisch wischen zu können**. Dabei waren direkte Drähete zum Club Helvetique unverkennbar, jenem kuriosen Club von Undemokraten, der sich vehement für die Einschränkung der Volksrechte stark macht. Diesem Club gehören nicht nur Linke und Grüne an, sondern auch Vertreter von CVP und FDP, wie etwa alt-Bundesgerichtspräsident Giuseppe Nay, der Solothurner Stadtamman und Nationalrat Kurt Fluri oder der Antirassismus-Wirbelwind Georg Kreis. Die Ungültigkeitserklärung scheiterte kläglich.

ative einen Gegenentwurf auf Gesetzesstufe gegenüberzustellen. Mitten in diese Arbeit hinein platzte dann aber das unerwartete Ja von Volk und Ständen zur Minarett-Initiative. Man realisierte, dass **das Volk genug hatte von der heuchlerischen Toleranz gegenüber terroristischen und kriminellen Ausländern**, welche die Sicherheit in der Schweiz untergraben und für sich eigene Rechtsräume fordern. Also wollte man im Parlament dagegen vorgehen und erarbeitete unter FDP-Führung einen direkten Gegenentwurf auf Stufe Bundesverfassung aus. Um auch die Linke ins Anti-SVP-Boot zu holen, wurden diese mit der Schaffung des höchst fragwürdigen BV-Artikels 121a über die Integration, sowie eines abgeschwächten Artikels 121b über die Aus- und Wegweisung geködert.

Hier wurde klar gegen das Grundprinzip der Einheit der Materie verstossen. Ein Bürger, der kriminelle Ausländer zwar ausweisen möchte, allerdings weniger strikt als dies die SVP-Initiative vorsieht, aber von den bigotten und kostspieligen Integrationsmassnahmen nichts wissen will, der kann diese Meinung auf dem Stimmzettel nicht zum Ausdruck bringen.

Die Kantone ausgehebelt

Bekanntlich auferlegt der Gegenentwurf den Kantonen und Gemeinden eine ganze Reihe von Pflichten zur umtriebigen und kostspieligen Förderung der Integration. **Aber man unterliess es, bei Kantonen und Gemeinden eine ordentliche Vernehmlassung durchzuführen**. Sie wurden regelrecht überfahren. Das ist ein klassischer Eingriff in die kantonale Hoheit. Anlässlich der letzten Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wurde bitter beklagt: „Angesichts der weitreichenden Konsequenzen, die der Integrationsartikel bei einer Annahme des Gegenentwurfs durch Volk und Stände für das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen hätte, stellt sich für die Kantonsregierungen die Frage, ob und wie sie sich im Hinblick auf die Volksabstimmung positionieren sollen.“ Ich meinerseits möchte der KdK empfehlen, dazu auch den Ratschlag der Rechtsgelehrten vom Club Helvetique einzuholen. Denn ich bin selber gespannt, wie man dort auf diese krasse Missachtung der föderalistischen Zuständigkeitsordnung im Bereich der Ausländerintegration reagieren wird.

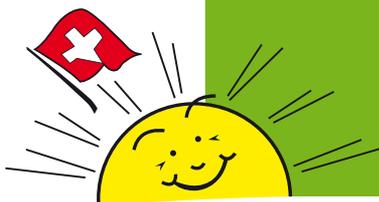
Aus den oben genannten Grünen empfehle ich Ihnen, **am 28. November JA zur Ausschaffungsinitiative und NEIN zum wirkungslosen Gegenentwurf zu stimmen!**

Dann ging es darum, der Initi-

Abstimmung vom 28. November 2010:

JA zur Ausschaffungsinitiative

Mehr Infos: www.ausschaffungsinitiative.ch



4 Ausschaffungsinitiative

«Die Polizei macht im Moment die gleichen Täter werden

Heinz Buttauer bezieht Stellung zu den Themen Ausschaffungsinitiative und Ausländerkriminalität. Er ist der Meinung, dass Strafverschärfungen wie eine konsequente Ausweisung von straffälligen Ausländern durchaus eine abschreckende Wirkung haben. Die Ausschaffungsinitiative der SVP hat den Vorteil, dass so endlich eine einheitliche Praxis schweizweit zum Tragen käme. Für die Polizei ist dies eine Abeitserleichterung, da so vorgebeugt wird, dass diese Leute rückfällig werden.



Interview mit Heinz Buttauer, Präsident des Schweizer Polizeibeamtenverbands

Der Ausländeranteil hat sich bei den Verurteilungen in den letzten 25 Jahren um 65% erhöht. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Zunahme der Ausländerkriminalität und dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum?

Nein. Es gibt jedoch Personen, welche aus einer bestimmten Region des Schengenraums kommen, die mehr

Delikte verüben als andere. Dies hat auch damit zu tun, dass sie nicht gewillt sind, sich zu integrieren. Man kann nicht sagen, dass hier ein Zusammenhang besteht nur wegen einer Bevölkerungsgruppe. Was jedoch klar zugenommen hat, sind die Straftaten gegen Leib und Leben im Allgemeinen und im Speziellen die Gewalt gegen die Polizei.

Wie kann diese hohe Ausländerkriminalität generell aus Sicht der Polizei bekämpft werden? Was kann die Politik Ihrer Ansicht nach dage-

gen unternehmen?

Die Polizei macht im Moment eine Sisypusarbeit. Die gleichen Täter werden immer und immer wieder straffällig – und nichts passiert. Die Polizistinnen und Polizisten können nicht mehr machen, als das Gesetz und die Massnahmen, die durch die Politik zur Verfügung gestellt werden, anwenden. Generell kann die Kriminalität mit guter Prävention (Patrouille und Präsenz) sowie mit gezielter Repression bekämpft werden. Der Gesetzgeber ist natürlich gefordert, die politischen

“ Straftaten gegen Leib und Leben und Gewalt gegen die Polizei haben zugenommen. ”

Entscheide und deren strategische Ausrichtungen umzusetzen. Hiermit müssen dann die Gesetze generiert werden und den Behörden, die das ganze umsetzen müssen, die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Es geht natürlich nicht, immer neue Gesetze zu schaffen (die ja immer einige Strafbestimmungen enthalten) und dann der Polizei oder der Justiz das Personal oder das Geld nicht zuzusprechen. So hat kein Gesetz eine Chance, je umgesetzt zu werden.

Das heutige Recht lässt es ja bereits zu, dass kriminelle Ausländer ausgeschafft werden, warum wird dies nicht öfters praktiziert?

Da kann die Polizei nicht viel antwor-

ten, da es Sache der Justiz und der Politik ist, hier Klarheit zu schaffen. Es ist aber für uns schon frustrierend, dass Kriminelle sich schnell wieder frei unter uns bewegen können und uns hämisch auslachen, da der Polizei

“ Leute, die gegen unsere Gesetze verstossen, sollen hier keine Berufslehre machen dürfen. ”

die Hände gebunden sind. Das schlimmste daran ist, dass der Polizei der Schwarze

Peter zugeschoben wird.

Können Sie uns Beispiele nennen, wo straffällige Ausländer ausgeschafft wurden und anschliessend wieder in die Schweiz einreisen? Ist dies für die Polizisten nicht frustrierend?

Einzelfälle will ich hier keine nennen. Klar ist: In die Schweiz zu kommen, sei dies vor Schengen oder heute, ist keine Riesensache. Organisierte Schlepperbanden lassen sich viel Geld bezahlen, damit jemand vom Land X in oder wieder in die Schweiz kommen kann. Hier sind wir froh, dass wir Schengen haben. Das hilft uns mit den Datenbanken und auch bei der vereinfachten Kontaktaufnahme mit anderen Polizeibehörden im Ausland. Aus unserer Sicht sollten die straffälligen Ausländer ihre Gefängnisstrafe hier nicht in Luxushotels verbringen und am Schluss konsequent ausgeschafft werden. So können auch willige Ausländer, die bei uns leben und die Gesetze in der Schweiz respektieren, ge-

ent eine Sisyphusarbeit. immer wieder straffällig.»

schützt werden.

Könnten Strafverschärfungen, wie eine konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer, Ihrer Meinung nach abschreckend wirken und die Rückfallquote senken?

“ Die Initiative hat den Vorteil, dass endlich eine schweizweite Praxis zum Tragen käme. ”

Wir sind der Meinung, dass Strafverschärfungen (die aber konsequent umgesetzt werden müssten) auch als präventive Massnahme einzustufen sind. Daher fordern wir klare Haltungen in diesem Bereich, so zum Beispiel klare Minimalstrafen, die nicht unterschritten werden können. Die Gewalt gegen die Polizei beispielsweise ist ein grosses Problem. Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2008 mussten wir einen Anstieg von über 160% dieser Straftaten in Kauf nehmen und von 2008 auf 2009 wieder um 16%. Daher hat der VSPB eine Petition beim Bundesrat eingereicht, welche die Politik auffordert, das Strafmass zu Art. 285 StGB anzupassen. Wichtig wäre eine unumgängliche Minimalstrafe. Die „alte Politik“ hat für uns ausgedient und die sozialen Aspekte (Resozialisierung, Streicheleinheiten, usw.) haben das Ziel nicht erreichen können. Vielleicht wäre es wirklich an der Zeit, neue Wege einzuschlagen.

Mittlerweile hat das Parlament gar entschieden, dass Sans-Papiers in der Schweiz eine Lehre absolvieren dürfen, obwohl sich diese Leute illegal in der Schweiz aufhalten. Wieso können diese nicht ausgeschafft werden? Aus welchen Gründen greift hier das Schweizer Recht nicht?

Hier kann der Verband nicht weiterhelfen. Das Gesetz sollte aber gleich für alle sein und so umgesetzt werden. Es handelt sich hier um einen rein politischen Entscheid. Es kann aber nicht sein, Leuten, welche gegen unsere Gesetze verstossen und aus nicht begreiflichen Gründen nicht aus-

geschafft werden, eine Berufslehre zu ermöglichen. Personen, welche schon über eine längere Zeit bei uns in der Schweiz leben und sich nicht integriert haben und dies auch nicht wollen, jenen soll diese Möglichkeit nicht geboten werden. Wenn ein Ausweisungsentscheid dann rechtskräftig wird, höre ich schon jetzt wieder bestimmte Organisationen jammern, dass man diese Person nun nicht mehr ausschaffen kann. Soweit darf es nicht kommen. Wir dürfen keines Falls zum Auffanglager solcher Personen werden.

Als wie wirksam beurteilen Sie die Ausschaffungsinitia-

tive der SVP? Könnte so die heutige Ausweisungs-Praxis und damit auch die Arbeit der Polizei erleichtert werden?

Die Ausschaffungsinitiative hat den Vorteil, dass endlich eine Praxis zum Einsatz kommen würde, die schweizweit zum Tragen käme. Straffällige Ausländer würden konsequent ausgeschafft. Für die Polizei ist dies eine Arbeitserleichterung, da diese Leute nicht mehr rückfällig werden können und so keinen Mehraufwand bedeuten. Der Gegenvorschlag könnte das Problem eine Bürokratisierung des Verfahrens mit sich ziehen. Dies wiederum hat viel administrative Arbeit zur Folge und wäre weniger effizient.



Kriminelle Ausländer ausschaffen? Das Streitgespräch

Datum: Samstag, 6. November 2010
Ort: Theater 11 (Hallenstadion), Zürich-Oerlikon
Zeit: 10.30 Uhr (Türöffnung 09.30 Uhr)

Es kreuzen die Klingen:
 a. Bundesrat **Christoph Blocher** und Nationalrat **Daniel Vischer**, Grüne

Dies ist ein öffentlicher Anlass, alle sind herzlich eingeladen teilzunehmen.

6 Inserate



Agitation

«lat.» agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.



AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
 Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung
 Erscheinungsweise: 12x/Jahr
 Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
 Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
 3001 Bern - klartext@svp.ch
 Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
 Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
 Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
 Inserate: Michèle Berger - klartext@svp.ch



LA ROTONDA
RISTORANTE & PIZZERIA

Die Stammbeiz der SVP in Bern!

A. & B. D'ALFONSO
NEUBRÜCKSTRASSE 70
CH-3012 BERN
++41 31 301 30 15



Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

ESR-Formulare

Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-
pro Person pro Nacht

Fr. 50.- (Nebensaison)

Familie Hoizer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@hone.ch



artmar
Archiv-Kompetenz AG

Die Spezialisten für Gemeinderarchive
Postfach 272
8630 Rüti ZH
Tel 055 260 32 50



**ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN**

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com



Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen

(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Roviva etc.)
Betten und Lättli jeder Art und Grösse, sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel, div. Marken-Bettwäsche.
Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch lohnt sich immer – auch für Sie!

BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld

Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr
www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

SHIBAURA Qualität und Preis stimmt!

Für **SVP-Mitglieder** zusätzlich 10% Sonderrabatt



Beratung und Verkauf

H. Wildhaber AG
Landmaschinen Traktoren
Forst- und Gartengeräte
8717 Benken

Tel. 055 283 41 41

NEIN zum Gegenentwurf - Für eine klare Praxis!

Der wirkungslose Gegenentwurf will die Integrationsförderung in der Verfassung verankern. Dies bedeutet teure Vorschriften für Bund, Kantone und Gemeinden. Wer in unserem Land Gast ist und kriminell wird, indem er Straftaten begeht oder Sozialmissbrauch betreibt, will sich allerdings nicht integrieren und muss die Schweiz zwingend verlassen. Dies ist auch zum Schutz und zur Bestärkung all jener Ausländer, die sich in der Schweiz bestens integriert haben, denn sie bilden eine klare Mehrheit.

Die Ausschaffungsinitiative der SVP schafft Klarheit: Wer sich nicht an unsere Gesetze hält, wer kriminell wird oder wer missbräuchlich Sozialleistungen bezieht, wird ausgeschafft und mit einer Einreisesperre belegt. Die SVP-Initiative formuliert klare Tatbestände, bei deren Erfüllung das Aufenthaltsrecht und sämtliche Rechtsansprüche auf weiteren Aufenthalt erlöschen. Im Gegenentwurf hingegen verhindern unzählige Rekursmöglichkeiten konsequente Ausschaffungen. Der Gegenentwurf will die Integrationsförderung in der Verfassung verankern und beinhaltet teure und sinnlose Integrationsvorschriften für Bund, Kantone und Gemeinden. **Integrationsarbeit ist jedoch vorab und zur Hauptsache durch die zugewanderten Ausländer selber zu erbringen.** Die Ausschaffungsinitiative ist auf Grund der oben genannten Aspekte dem wirkungslosen Gegenentwurf aus verschiedenen Gründen klar vorzuziehen: Erstens ist ihre Formulierung eindeutig. Sie vermeidet Ausnahmeregelungen, welche von Anwälten und Behörden zur Verhinderung der Ausschaffung genutzt werden können. Sobald strafbare Handlungen als solche erwiesen sind, darf das Ermessen nicht von Kanton zu Kanton und

von Behörde zu Behörde variieren. Im Weiteren zählt die Initiative eine Reihe von konkreten Straftaten auf, welche die Ausschaffung der Täter zwingend nach sich ziehen.

Diese können bei der gesetzlichen Umsetzung noch ergänzt werden.

Gegenentwurf verhindert Ausschaffungen

Mit dem Verweis auf die Grundrechte des Täters im Gegenentwurf wird den zuständigen Behörden und Gerichten ein immenser Ermessensspielraum eröffnet. Sie werden in vielen konkreten Fällen die Rechte des Verurteilten höher gewichten als das Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit und damit die Ausschaffung verhindern. Mit dem Hinweis auf die Achtung des Völkerrechts werden durch die unzähligen internationalen Verträge, die alle darunter fallen, Ausschaffungen praktisch verunmöglicht, oder zumindest in Folge von Rekursen über Jahre blockiert. Darüber hinaus ist es inakzeptabel, dass mit die-

sem Hinweis in unserer Verfassung internationales Recht über Schweizer Recht gestellt wird.

Bessere Beziehung zu Ausländern

Die Anwendung der Ausschaffungsinitiative hätte eine namhafte Verbesserung der Beziehung zwischen den Schweizern

und denjenigen Ausländern zur Folge, die sich anpassen und unsere Regeln respektieren. Diese Ausländer würden sich in ihren Integrationsanstrengungen sicherlich bestätigt sehen und würden nicht mehr unter dem schlechten Ruf ihrer kriminellen ausländischen Mitbürger leiden. Denn es ist eine kleine Anzahl an Leuten, welche ein schlechtes Bild auf die gesamte Gruppe der Ausländer wirft.

Die Gesetze und Regeln unseres Landes müssen klar durchgesetzt werden, da dies abschreckend auf künftige Straftäter wirkt. **Wer unser Recht nicht respektiert und sich nicht anpassen will, hat sein Gastrecht ver-**

wirkt und soll unser Land verlassen müssen. So wird mehr Sicherheit für die Schweiz geschaffen.

“ *Mit dem Gegenentwurf werden Ausschaffungen durch Rekurse blockiert oder gar verhindert.* ”

Abstimmung vom 28. November 2010:

**NEIN zum wirkungslosen
Gegenentwurf**

Mehr Infos: www.kriminelle-nein.ch



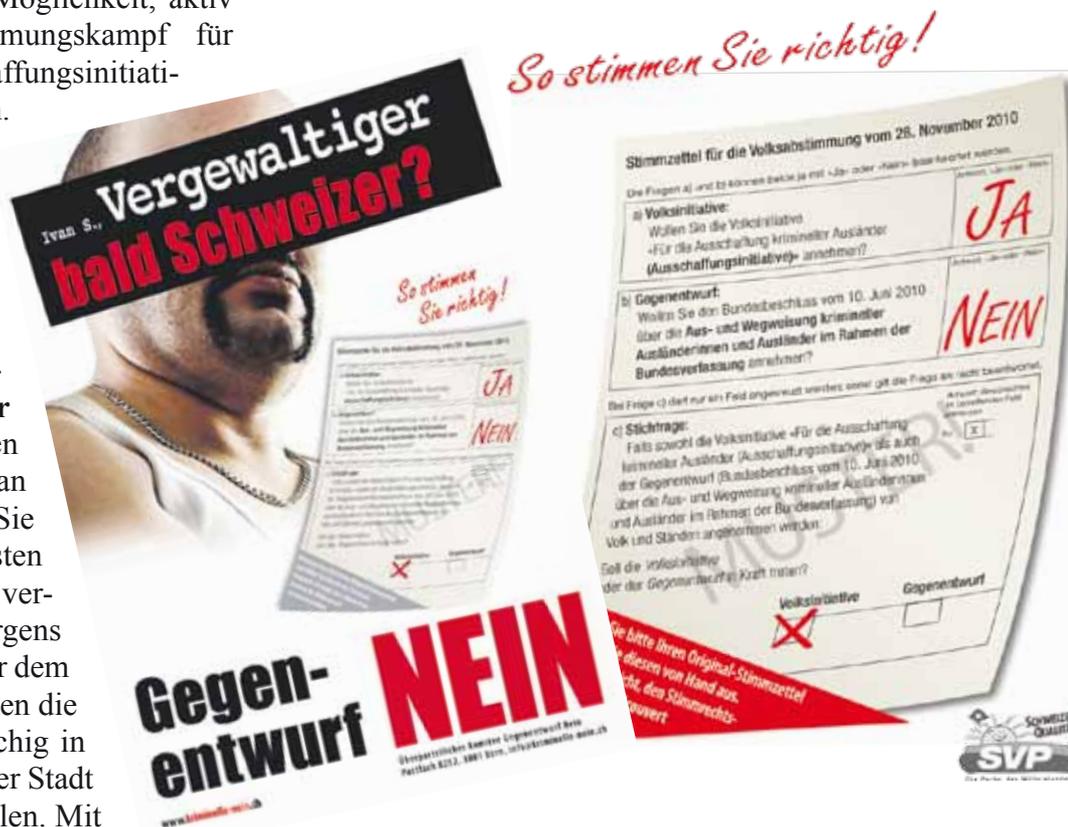
8 Abstimmungskampf-Material

Machen Sie mit beim Abstimmungskampf!

Am 28. November 2010 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über die Ausschaffungsinitiative ab. Es ist äusserst wichtig, dass die SVP gemeinsam mit Ihnen einen engagierten Abstimmungskampf führt, denn die Gegner versuchen alles, um dem Volk den wirkungslosen Gegenentwurf schmackhaft zu machen. Bestellen Sie jetzt Werbematerial für die Abstimmung, damit wir gemeinsam das wichtige „JA zur Ausschaffungsinitiative“ erreichen und damit wieder eine sicherere Schweiz schaffen.

Sie haben die Möglichkeit, aktiv beim Abstimmungskampf für die Ausschaffungsinitiative mitzumachen.

Aktive Bürgerinnen und Bürger sind das wichtigste Gut in dieser Abstimmungskampagne. Sie können kostenlos bei uns Flyer bestellen. Versenden Sie diese per Post an Bekannte, werfen Sie sie in die Briefkästen Ihrer Nachbarn oder verteilen Sie diese morgens im Bahnhof oder vor dem Dorfladen. Sie können die Flyer auch grossflächig in Ihrem Dorf oder Ihrer Stadt bzw. Quartier verteilen. Mit rund Fr. 200.- können Sie die Flyer per Post (Promopost) an eine Gemeinde mit 1500 Haushal-



bestellen. Dies sind leichte Plastikplakate, die Sie mit einem Kabelbinder an Ihren Gartenzaun, an einem Geländer oder einer Stange befestigen können. Es sind auch A2 Plakate (59,4 cm x 42 cm) wie auch F4 Plakate (89,5 cm x 128 cm) bei uns verfügbar.

ten (ca. 3'000 Bewohner) Sie bei uns auch ebenfalls Bierdeckel bestellen. Bitte füllen Sie unten den Bestelltalon aus.

Bestelltalon

- Flyer (ungefaltet, 18 gr., 4x A4)
- Plakate A2 59,4x42 cm
- Plakate F4 (Weltformat) 89,5x128 cm
- Kandelaberplakate 70x100 cm
- Bierdeckel

Lieferadresse:

Name:

Vorname:

Strasse:

Ort:

Bitte Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch

NEIN zum Verhinderungs- Gegenentwurf

Der Gegenentwurf ist entgegen anders lautenden Behauptungen kein Kompromiss zur Ausschaffungsinitiative! Er verhindert die Ausschaffung von kriminellen Ausländern und fördert die Bürokratie durch kostspielige Verfahren und Rekurse. Fakt ist, dass sich der Ausländeranteil bei den Verurteilungen in den letzten 25 Jahren um 65% erhöht hat. Dieser Entwicklung muss unbedingt ein Riegel geschoben werden: Wer sich nicht an unsere Regeln hält, muss die Schweiz zwingend verlassen.



von Nationalrätin Andrea
Geissbühler, Herrenschwanden (BE)

Ausschaffungen werden mit dem Gegenentwurf fast keine durchgeführt oder zumindest in Folge von Rekursen über Jahre blockiert. Der Gegenentwurf beinhaltet auch kein Mindestmass für die Einreisesperre von ausgewiesenen Ausländern, das heisst, sie könnten nach einem Jahr bereits wieder in die Schweiz zurückkommen. Im Gegenentwurf würde weiter ein „Integrationsartikel“ festgeschrieben, welcher völlig fehl am Platz wäre und nichts mit der Ausschaffungsinitiative zu tun hat, denn die meisten Ausländer in der Schweiz sind ja integriert. Sie leisten ihren Beitrag an unsere Gesellschaft und Wirtschaft. **Tatsache ist aber, dass ein kleiner Teil eben nicht integriert werden will und kann.** Integration ist ein Prozess, der nur funktioniert, wenn die zu integrierende Person dies auch will. Wenn dieser Integrationswille nicht aufgebracht wird, haben auch die

teuersten Kurse, die besten Sozialarbeiter und die exklusivsten Integrationsangebote absolut keinen Sinn.

Über genau diese integrationsunwilligen, kriminellen Ausländer sprechen wir hier. Ausländer, welche die Schweiz als ein Schlaraffenland ansehen, wo sie sich nach Lust und Laune austoben, straffällig werden und unsere Sozialwerke ausnützen können, müssen ausgeschafft werden.

Sozialbetrug macht unseren Sozialstaat kaputt; heute brauchen die ca. 22% Ausländer im Land 40% der Sozialleistungen. Bei der Polizeiarbeit sehen wir immer wieder, wie Ausländerfamilien IV und Sozialbezüge bekommen, die nicht gerechtfertigt und viel zu hoch sind. Diese Entwicklung kann nur mit der Ausschaffungsinitiative gestoppt werden.

Kriminalität bei Ausländern

Mit der Ausschaffungsinitiative der SVP kann bewirkt werden, dass kriminelle Ausländer unser Land verlassen

müssen, was beim Gegenentwurf nicht zutrifft. **Der Ausländeranteil hat sich bei den Verurteilungen in den letzten 25 Jahren um 65% erhöht.** Wir

Polizisten erleben jeden Tag die steigende Kriminalität bei Ausländern. Wenn wir dann zum x-ten Mal wegen den gleichen Ausländern aus-

rücken müssen, wären wir froh, wenn wir diese Leute endlich ausschaffen könnten, was heute nur in wenigen Fällen möglich ist und mit dem Gegenentwurf alles andere als besser würde. Wir stellen bei Ausländern auch eine Tendenz fest, schwere Straftaten zu verüben. Häusliche Gewalt ist nicht nur, allerdings sehr oft, ein Ausländerproblem. Dies hat mit spezifischen Aspekten wie Mentalität, Erziehung, Stolz und Ehre zu tun. Ein anderer Problembereich sind organisierte Banden, die bei uns auf Einbruchtour gehen. Der Gegenentwurf ist keineswegs ein „Entgegenkommen auf halbem Weg“, der Gegenentwurf ist eine perfide Täuschung zur Verhinderung nahezu aller Ausschaffungen!

“ Heute brauchen die ca. 22% Ausländer im Land 40% der Sozialleistungen. ”

Abstimmung vom 28. November 2010:

**NEIN zum wirkungslosen
Gegenentwurf**

Mehr Infos: www.kriminelle-nein.ch

Stimmen Sie aus diese Grund am 28. November 2010 **JA zur Ausschaffungsinitiative und NEIN zum Gegenentwurf!**



10 SP-Steuerinitiative

NEIN zur SP-Steuergerechtigkeitsinitiative

Wenn man auf der linken Seite von Gerechtigkeit spricht, ist Vorsicht geboten. Erst recht, wenn es um Steuern geht. Die SP versucht einmal mehr, den Steuerwettbewerb unter dem Deckmantel der Steuergerechtigkeit auszuschalten. Die Zeche würden die Steuerzahler bezahlen, denn der verminderte Wettbewerbsdruck durch die Einschränkung des Steuerwettbewerbs sowie die Folgen einer abnehmenden internationalen Standortattraktivität der Schweiz wären für alle Steuerpflichtigen spürbar.



von Ständerat Hannes Germann,
Opfertshofen (SH)

Die Ziele der SP-Initiative

„Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb“ sind folgende: Erstens ein Verbot von degressiven Steuermodellen. Zweitens soll ein „fairer“ Mindeststeuersatz für sehr hohe Einkommen und Vermögen festgelegt werden: 22% für Einkommen über 250'000 Fr., 5 Promille für Vermögen über 2'000'000 Fr. Weiter soll drittens angeblich dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb zu Lasten der tiefen und mittleren Einkommen ein Riegel geschoben werden. Und zu guter Letzt soll viertens laut der Initiative die Ausgestaltung der Steuerpolitik weiterhin den Kantonen überlassen werden.

Kantone werden eingeschränkt
Dem ersten der vier Ziele tragen die Kantone nach dem Bundesgerichtsentscheid im Fall Obwalden bereits Rechnung; es braucht keine zusätz-

liche Regelung auf Verfassungsebene. **Wie blanker Hohn tönt die Behauptung, die Kantone könnten ihre Steuerpolitik auch künftig frei gestalten.** Die Initiative schreibt den Kantonen und den Gemeinden nicht nur das System vor, sondern auch den Steuertarif. Die Eingriffe in die Steuerautonomie der Kantone und Gemein-



Quelle: EFD 2010

den verletzten Grundsätze des Föderalismus und sind schlicht inakzeptabel.

Steuerwettbewerb in der Schweiz
Der Steuerföderalismus sorgt für den nötigen Wettbewerbsdruck und ist immer wieder Treiber für Steuererleichterungen. Der NFA, die formelle

Steuerharmonisierung, die Besteuerungsprinzipien der Bundesverfassung, die stark progressive direkte Bundessteuer sowie die Rechtsprechung des Bundesgerichts bestimmen die Leitplanken eines regulierten Steuerwettbewerbs in der Schweiz. Eine weitergehende Einschränkung im Sinne der Initiative ist schädlich für den Standort Schweiz. Heute können die Kantone und die Gemeinden selber über die Höhe der Steuern entscheiden. Sparsame Kantone wissen selber, welche Leistungen sie effektiv brauchen und wollen. Da der Bund bei einem Ja zur SP-Steuergerechtigkeitsinitiative die Steuern vorschreiben würde, müssten die Einkommens- und/oder Vermögenssteuern in 14 Kantonen erhöht werden (AR, AI, GL, GR, LU, NW, OW, SZ, SO, SG, TG, UR, ZG und ZH). Gemeinden in den Kantonen AG und SH wären ebenfalls

von der Steuerinitiative betroffen. **Die Initiative schwächt das Erfolgsmodell des Wirtschaftsstandortes Schweiz.** Steuererhöhungen wirken abschreckend auf gute Steuerzahler und Unternehmen. Die Initiative wäre der erste Schritt in Richtung Hochsteuer-Kartell à la EU.

Alpenkonvention gescheitert: Erfolg für die SVP!

Mit 102 zu 76 Stimmen hat der Nationalrat mit Hilfe der SVP in der Herbstsession



2010 zum zweiten Mal Nichteintreten auf die Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention beschlossen. Das Geschäft, welches das Parlament seit neun(!) Jahren beschäftigt, ist damit endgültig vom Tisch. Mit dem völkerrechtlichen Vertrag, wäre unter anderem nationales und kantonales Recht eingeschränkt und notwendige Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung verhindert worden – die Schweiz wäre zu einem Museum verkommen. Trotz des massiven Widerstandes von SVP-Seite wurde die Rahmenvereinbarung 1999 durch das Parlament angenommen. Die nun abgelehnten Durchführungsprotokolle hätten die konkreten Umsetzungsmassnahmen definieren sollen. Mit der Ablehnung behält die Schweiz ihre Souveränität und verhindert unnötige Gesetze, die zu einem Entwicklungsstopp geführt hätten.

Erfolgreicher Kampf für Milchmengensteuerung

Der Nationalrat hat am letzten Sessionstag die Motion Aebi (SVP/BE) zur Milchmengensteuerung für marktgerechte Milchmengen mit 104:60 Stimmen angenommen. 126 Nationalrätinnen und Nationalräte hatten die Motion unterzeichnet, die eine privatrechtliche Mengensteuerung bei der Milch fordert. Damit kann die Milchmenge besser auf die Nachfrage abgestimmt werden. Nur so kann die katastrophale Situation auf dem Milchmarkt korrigiert werden. Mit der Überweisung der Motion durch den Nationalrat ist eine erste Etappe geschafft. Nun muss auch der Ständerat die Motion rasch behandeln, damit endlich griffige Massnahmen umgesetzt werden können. Eine vielfältige und multifunktionale Landwirtschaft ist zu erhalten. Dazu braucht es neben Korrekturen im Milchmarkt auch einen Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen.



Mehr Rechte für Sans-Papiers

Mit dem Entscheid des Ständerates, Sans-Papiers eine Berufslehre zu ermöglichen, wird ein weiterer Schritt in Richtung Legalisierung illegaler Aufenthalter macht. Doch damit nicht genug: In der gleichen Session hat der Ständerat eine Motion von Alex Kuprecht (SVP/SZ) abgelehnt, welche Sans-Papiers aus dem KVG-Grundversicherungspflichtig streichen wollte. Mit solchen Beschlüssen unterläuft das Parlament den Rechtsstaat und führt jegliche Bemühungen um eine glaubwürdige Migrationspolitik ad absurdum. Wer sich illegal in der Schweiz aufhält, soll aus Sicht der SVP nicht unterstützt werden. Die Verantwortung dafür tragen die Mitte-Parteien, die diesen Sündenfall ermöglicht haben. Mit diesem Entscheid verhöhnt das Parlament nicht nur die schweizerische Rechtsordnung, sondern hintergeht auch all jene Ausländer, die sich um einen legalen Aufenthaltsstatus bemühen.



Unverantwortlichen Sozialausbau verhindert



von Nationalrat Toni Bortoluzzi,
Affoltern am Albis (ZH)

Mit dem NEIN des Parlaments zur 11. AHV-Revision konnte ein unverantwortlicher Sozialausbau verhindert werden. Die Revision war im Endergebnis sachlich wie sozialpolitisch falsch. Deshalb hat die SVP-Fraktion die Vorlage abgelehnt. Die 11. AHV-Revision mit dem fi-

nanziell erleichterten Rentenvorbezug („Frühpensionierung“) hätte eine Fehlentwicklung gebracht. **Obwohl die Zahl der Rentenbezüger auch in Zukunft immer grösser wird und die AHV-Kasse immer stärker belastet, hätte die Vorlage ein falsches Signal für vorzeitige Pensionierungen ausgesendet.** Es ist absehbar, dass die AHV in wenigen Jahren allein auf Grund der natürlichen Altersentwicklung – Defizite schreiben wird. Es wäre geradezu absurd und unverantwortlich, unter diesen Vorzeichen zu einem Leistungsausbau Hand zu bieten und damit die geplanten Entlastungs- bzw. Sanierungsmassnahmen im selben Schritt grösstenteils wieder

zunichte zu machen. Sachlich falsch wäre es auch gewesen, bei finanziellen Engpässen den Teuerungsausgleich zu verzögern oder auszusetzen. Damit wären bisherige Renten angefasst worden, was die SVP ablehnt. Opportunistisch geprägte Kompromisse sind keine Lösung für die langfristige Sicherung der Sozialwerke. Aus dem Debakel der IV, der ALV und der leeren Kasse der Erwerbssersatzordnung (EO) hat man nichts gelernt. Stattdessen werden weiter neue Leistungsversprechungen zu Lasten der kommenden Generation gemacht. Wenn man Verantwortung tragen will, muss man den weiteren Leistungsausbau der Sozialwerke ablehnen.

Die SVP lehnt den Sicherheitsbericht des Bundes

Die SVP steht zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung, welche die Souveränität und Neutralität der Schweiz sicherstellen. Auf der Basis eines klar definierten Verteidigungsauftrags ist eine zukunftsfähige Milizarmee zu planen und umzusetzen. Am Milizprinzip und an der allgemeinen Wehrpflicht ist dabei unter allen Umständen festzuhalten. Der präsentierte Armeebericht des Bundesrates gibt keine befriedigende Antwort auf die Aufgaben und Herausforderungen der Armee der Zukunft.

Durch die sicherheitspolitischen Fehlentscheide der letzten 20 Jahre ist das VBS zum Sanierungsfall geworden. Daher sind nun zuerst die akuten Mängel und Probleme der Armee, welche eine Folge von nicht zielführenden Reformen sind, zu lösen. Dazu braucht es nicht erneut eine „Weiterentwicklung“ zur Flucht vor den Problemen, wie dies die Armee XXI und der Entwicklungsschritt 2008/11 waren, sondern ein Sanierungsprogramm und eine Konzentration der Mittel auf die Kernaufgaben. Bundesrat Ueli Maurer hat dies in Angriff genommen.

Der Prozess auf dem Weg zu einer wieder gesunden und leistungsfähigen Milizarmee wird indes Jahre in Anspruch nehmen. Der präsentierte Armeebericht des Bundesrates gibt keine befriedigende Antwort auf die Aufgaben und Herausforderungen der Armee der Zukunft. Im vorliegenden Artikel sollen die Eckdaten der SVP für die Landesverteidigung und die Armee festgehalten werden.

Die Forderungen der SVP

Die SVP steht zur Unabhängigkeit und bewaffneten Neutralität der Schweiz. Nur eine eigene, glaubwürdige Armee garantiert den Status als unabhängige

Land sind.

Der Hauptauftrag der Armee ist die Landesverteidigung

Die Armee muss sich in Zukunft wieder auf den „Worst Case“ ausrichten, das heisst auf die Abwehr eines Angriffs auf unser Land. Damit können auch alle anderen Aufträge im Bereich der Unterstützung ziviler Behörden und der Bewältigung ausserordentlicher Lagen erfüllt werden. Die Grösse und die Struktur der Armee haben sich nicht an einer abstrakten Zahl, sondern am definierten Auftrag zu orientieren. Dies unter Berücksichtigung des Umstands, dass vom Gesamtbestand der Armee nur noch gegen ein Drittel der kämpfenden Truppe zuzuord-



Die Rekruten werden für den Einsatz im Kriegsfall ausgebildet.

“ Die Grösse und Struktur der Armee sollen sich nicht an einer abstrakten Zahl orientieren. ”

ger, neutraler und souveräner Staat. Aus diesen Gründen soll die Schweiz am Milizprinzip und an der allgemeinen Wehrpflicht unter allen Umständen festhalten. Nur sie garantieren

eine breite Verankerung der Armee in der Bevölkerung und ermöglichen eine umfassende Auftragserfüllung. Die Konzepte der armeefeindlichen Linken und der Mitte-Parteien sind klar zurückzuweisen, da sie schlicht untauglich und schädlich für unser

nen sind. Auf dem Auftrag basierend sind personelle, materielle und finanzielle Mittel zu definieren, um diesen Auftrag erfüllen zu können. Auf die bisherige Ausrichtung der Armee in Richtung internationale Kooperation (NATO und insb. EU), wie sie in den letzten 15 Jahren schrittweise erfolgte, ist in Zukunft zu verzichten. Das internationale Engagement der Armee ist entsprechend zurückzuführen.

Mittel, Bestand, Mängelbehebung

Die Armee muss kurzfristig aufgeboten werden können und über eine zu definierende Dauer rund um die Uhr

politischen Bericht und srates ab

einsatzfähig sein. Dazu braucht es **einen genügenden Bestand, der nicht unter 120'000 aktive Angehörige der Armee fallen darf.** Der im Armeebereich des Bundesrates festgehaltene Sollbestand von 80'000 Angehörigen der Armee ist klar nicht ausreichend.

Zuerst ist nun das eingeleitete Sanierungskonzept für die Behebung der Mängel im VBS und in der Armee entlang einer klaren Priorisierung umzusetzen: **Kurzfristig stehen dabei die Logistik und die Ausrüstung der dienstleistenden Truppe im Vordergrund.**

Die Armee muss aus finanzpolitischen Gründen wohl auch in Zu-

kunft mit knappen finanziellen Mitteln auskommen können. Um den Spielraum für die Erfüllung des Verteidigungsauftrags zu erhöhen, sind Einsparungen und Optimierungen wie Verzicht auf Auslandseinsätze, konsequente Verrechnung der Vollkosten von Leistungen an andere Departemente, Konzept für den Verkauf von Immobilien, Abbau Administration VBS um weitere 10% etc.

zu prüfen. Zudem ist die Erneuerung der Luftwaffe anzugehen und die Rolle

des Bevölkerungsschutzes für unterstützende Aufträge ist zu stärken.

Rekrutierung, Ausbildung, Führung

Die Ausbildung soll durch Milizkader erfolgen und mindestens zwei Drittel

praxis ist anzupassen (Aushebung mit differenzierter Tauglichkeit) und die Rahmenbedingungen für Milizoffiziere sind zu verbessern.

Für die SVP liegen die Prioritäten der Sicherheitspolitik bis 2012 in

der Mängelbehebung sowie in der Sicherstellung und Verbesserung der Funktionalität der Armee auf der Basis der aktuellen, gesetzlichen Grundlagen. In der Folge sind die Eckwerte der Landesverteidigung und der Armee nach den oben erwähnten Punkten anzupassen und umzusetzen.



Im Ernstfall wird unsere Milizarmee die Schweizer Bevölkerung schützen.

Ablehnung des Armeebereichs

Die SVP lehnt den Sicherheitspolitischen Bericht und den Armeebereich in der vorliegenden Form ab und fordert den Bundesrat auf, auf entsprechende Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen zu verzichten. Vielmehr ist möglichst rasch auf der Basis eines klar definierten Verteidigungsauftrags eine glaubwürdige und zukunftsfähige Milizarmee zu planen und umzusetzen.

der Kommandos und der Führungsstäbe sind durch Milizkader zu besetzen. **Es darf keinen schleichenden Übergang zu einer Berufsarmee über eine Erhöhung der Anzahl Durchdiener oder über zusätzliche Berufskader geben.** Ein „freiwilliger“ Durchdieneranteil von 30% widerspricht klar dem Milizprinzip und ist in der Praxis völlig realitätsfremd. Die Rekrutierungs-

Die SVP setzt sich für eine starke Milizarmee ein!

Die Schweiz braucht auch in Zukunft eine leistungsfähige Milizarmee, welche die bewaffnete Neutralität und die Unabhängigkeit des Landes sicherstellen kann.



14 Inserate

Sonderparteitag der SVP zum Thema Bildung

Sie sind herzlich eingeladen, an diesem Sonderparteitag teilzunehmen.

Datum: Samstag, 23. Oktober 2010

Ort: Dreifachturnhalle (bei der Kaserne), Liestal (BL)

Zeit: 10.30 Uhr

Gerne können Sie Bildungsinteressierte wie Eltern, Lehrer etc. ebenfalls einladen, dieser Sonderparteitag ist öffentlich.



Mehr Steuern zahlen?



Die SP-Steuerinitiative führt direkt zu Steuererhöhungen in 16 Kantonen. Danach müssen in allen anderen Kantonen die Steuern nach oben angepasst werden. Die Folge:

- **Wir alle müssen mehr Steuern zahlen!**
- **Die Kantone können nicht mehr selber über ihre Steuern bestimmen!**
- **Die Schweiz verliert an internationaler Konkurrenzfähigkeit!**
- **Arbeitsplätze gehen verloren!**
- **Wohlstand und Wachstum werden zerstört!**

Deshalb:
SP-Steuerinitiative
NEIN

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat.
Herzlichen Dank.



Erneute Missachtung der Konkordanz

Das Parlament hat am 22. September 2010 der SVP einmal mehr den berechtigten Anspruch auf einen zweiten Sitz im Bundesrat verwehrt und sich mit der Wahl einer SP-Vertreterin und eines FDP-Vertreterers in den Bundesrat erneut über die Konkordanz hinweggesetzt. Die SVP als wählerstärkste Partei mit fast 30% Stimmenanteil ist in der Landesregierung somit weiterhin untervertreten. Dieser Zustand schadet dem Wohl unseres Landes und der Stabilität der Landesregierung.

Die anderen Parteien tragen mit ihrer Wahl die Verantwortung für die Fortsetzung des instabilen Zustands in der Landesregierung. Es wurde erneut eine Chance verpasst, die Regierung mit der Wahl eines SVP-Vertreterers breit abzustützen und zu stärken, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und um die Krisentauglichkeit zu verbessern. **Mit den vergangenen Wahlen ist weiterhin fast ein Drittel der Bevölkerung, welcher von der SVP vertreten wird, im Bundesrat untervertreten.**

Somit sind insbesondere all jene Bürgerinnen und Bürger, welche **keinen EU-Beitritt** wollen, welche sich für **mehr Sicherheit** einsetzen, z.B. für die **Ausschaffung krimineller Ausländer**, und all jene, die **tiefere Steuern** und **Gebühren** fordern, im Bundesrat ungenügend vertreten. Die SVP wird alles daran setzen, ihren legitimen Anspruch auf einen zweiten Sitz im Bundesrat bei den eidgenössischen Wahlen vom kommenden Jahr zu untermauern. Die anderen

Parteien haben im Vorfeld der Bundesratswahl zum Ausdruck gebracht, dass der Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz grundsätzlich nicht bestritten wird.

Obwohl Jean-François Rime nicht in den Bundesrat gewählt wurde, hat er dennoch ein sehr gutes Resultat erzielt. Bei den Wahlen der beiden Bundesratssitze erreichte er jeweils den Schlusswahlgang und stach drei seiner Gegner aus. Dementsprechend feierte er seinen Erfolg im Hotel Kreuz in Bern zusammen mit zahlreichen Fans.

Die Verteilung der Departemente
Nach der Missachtung der Konkordanz musste die SVP die anschliessend



Jean-François Rime bei seiner Ankunft im Hotel Kreuz

sichtlich der **Machterhaltung der Mitte-Parteien** dienen. Offenbar ging es diesen bei der Departementsverteilung um den verzweifelten Versuch, ihre **Bundesratssitze** über eine **Neubesetzung** von Departementen ab-

zusichern. Dieser Schachzug, ein Jahr vor den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates, ist durchsichtig.

Ein besonders schiefes Licht wirft die Departementsverteilung auf Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Sie verlässt ihr Departement nach nicht einmal einer Legislatur und das, obwohl keine Nachfolgerin mit juristischem Hintergrund zur Verfügung stand. Die Verantwortung für die von ihr in den letzten drei Jahren geführte Ausländer- und Asylpolitik mag sie jedoch nicht tragen. Sie läuft davon.

Im Sinne der Stabilität der Schweizer Landesregierung hätte mit einer grösseren Rochade der Departemente bis nach den Gesamterneuerungswahlen vom kommenden Jahr gewartet werden müssen.



Die Fans von Jean-François Rime feiern seinen Einzug in die beiden Schlusswahlgänge

vollzogene, verantwortungslose Departementsverteilung des Bundesrates hinnehmen. Eine Neubesetzung von vier Departementen, ein Jahr vor Ende der Legislatur, soll ganz offen-

Hier finden Sie den perfekten Partner.

Cuore, ledig, sucht ...

aufgestellten Partner, ehrlich und treu.
Bin unkompliziert, kinderliebend,
sparsam und ganz
bestimmt kein
Schluckspecht.

Wo treffen wir uns? **Gratis-SMS** mit «CUORE» und deiner Postleitzahl an 919 (Beispiel: CUORE 8000).



Fr. 15'980.-

Cuore, 51 kW (69 PS), 998 cm³, abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Copen, ledig, sucht ...

sportlichen Partner fürs Leben,
den Ausgang und noch vieles mehr.
Bin sexy, frech,
unternehmungslustig.

Wo treffen wir uns? **Gratis-SMS** mit «COPEN» und deiner Postleitzahl an 919 (Beispiel: COPEN 8000).



Fr. 26'500.-

Copen, 64 kW (87 PS), 1298 cm³

Materia, ledig, sucht ...

vielseitig interessierten Partner für
aktiven Lifestyle. Bist du grosszügig,
flexibel und liebst
stilvolles Design?

Wo treffen wir uns? **Gratis-SMS** mit «MATERIA» und deiner Postleitzahl an 919 (Beispiel: MATERIA 8000).



Fr. 20'750.-

Materia 1.3, 67 kW (91 PS), 1298 cm³, abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Sirion, ledig, sucht ...
unkomplizierte Begleitung. Bist du offen
für spontane Städtetrips und Bergabenteuer?
Bin temperamentvoll
und attraktiv.

Wo treffen wir uns? **Gratis-SMS** mit «SIRION» und deiner Postleitzahl an 919 (Beispiel: SIRION 8000).



Fr. 16'790.-

Sirion 1.0 2WD eco-top, 51 kW (69 PS), 998 cm³, abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Terios, ledig, sucht ...

abenteuerlustigen Partner. Bin sportlich
und doch vernünftig mit Sinn
für die angenehmen
Dinge im Leben.

Wo treffen wir uns? **Gratis-SMS** mit «TERIOS» und deiner Postleitzahl an 919 (Beispiel: TERIOS 8000).



Fr. 25'990.-

Terios, 77 kW (105 PS), 1495 cm³, abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Wer einen zuverlässigen Partner sucht, wird bei Daihatsu nicht enttäuscht. Sei es mit dem sparsamen Cuore, dem praktischen Sirion (auch als 4x4), dem geländegängigen Terios (4x4), dem trendigen Copen oder dem geräumigen Materia (auch als 4x4). Dazu bietet Daihatsu über hundert Jahre Tradition in der Kompaktklasse und erstklassige Qualität. Bevor Sie mit dem Auserwählten eine Beziehung eingehen, sollten Sie ihn aber unbedingt testen: auf einer Probefahrt bei Ihrem Händler. www.mydaihatsu.ch



DAIHATSU
Die perfekte Grösse.